

Stadtrat diskutiert erneut über Bürgerhaushalt

Die CSU möchte mehr Mitbestimmung für die Bürger – Auch die ÖDP hatte diese Idee

Regensburg. (bd) Die CSU-Fraktion im Stadtrat will einen Bürgerhaushalt. Und zwar schon zu Beginn des nächsten Jahres. Der soll nach dem Vorbild der Stadt Schwandorf ein Budget von jährlich 250000 Euro haben. Fraktionsvorsitzender Dr. Josef Zimmermann spricht von einer „rundum tollen Sache“. Die Bürger könnten eigene Schwerpunkte setzen.

Mehr als 70 Städte und Gemeinden hätten bundesweit bisher einen Bürgerhaushalt. Mit dem sollen die Bürger an der Planung von öffentlichen Ausgaben gezielt beteiligt werden. Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement sollen dadurch gestärkt werden. „Das Engagement von Bürgern, die sich bereits jetzt aktiv einbringen, kann mit einem

Bürgerhaushalt besser unterstützt werden und damit sichtbar gemacht werden“, sagt Stadträtin Bernadette Dechant. Das zumeist ehrenamtliche Engagement erfahre dadurch mehr Wertschätzung. Die Akzeptanz geplanter Maßnahmen erhöhe sich.

Mehr Akzeptanz in der Bevölkerung

Neue Ideen und innovative Anregungen könnten schneller aufgegriffen werden. Die CSU erhofft sich vom Bürgerhaushalt, dass es zu einem engeren Dialog zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung kommt. In Krisenzeiten und schwierigen Situationen könnte eine gemeinsame Lösung schneller gefunden werden, die in der Bevöl-

kerung mehr Akzeptanz erfahre. Ähnliche Argumente hat auch die ÖDP-Fraktion, die bereits im November 2018 im Stadtrat einen Bürgerhaushalt vorschlug. Es werde ein hohes Maß an Kreativität freigesetzt, die Bürger identifizieren sich mit Ideen und kommen miteinander ins Gespräch, sagte damals Stadtrat Joachim Graf.

Der Abstimmungsprozess stärke das Miteinander und die Kommunikation in der Stadtgesellschaft. Die Identifikation der Bürger mit den eigenen Projekten sei hoch. Graf ging damals von 0,5 bis ein Prozent des Vermögenshaushaltes der Stadt als Budget aus.

Bei der Diskussion im Stadtrat damals fand der Antrag Zustimmung. Zimmermann sagte, „wir könnten ihn heute beschließen“. Die

SPD, die Grünen und die Freien Wähler zeigten sich zögerlich und wollten erst mehr Informationen. Es sei nicht seriös, auf einer Grundlage zu entscheiden, die unvollständig sei. Stadtrat Richard Spieß (Linke) sagte damals, der Antrag bedeute nichts anderes, als dass die Stadt ein Konzept erstelle. Das wurde dann auch beschlossen.

Graf war damit einverstanden, den Antrag zurückzunehmen, mit der Zusage, dass die Verwaltung mögliche Konzepte prüft und innerhalb eines halben Jahres darüber im Stadtrat abgestimmt wird.

Auf unsere Anfrage, wie weit die Stadt mit dem Konzept ist, sagte die Pressesprecherin, die Verwaltung werde die Ergebnisse eines in Auftrag gegebenen Gutachtens noch in diesem Jahr im Stadtrat vorstellen.